

Gemeinderat gibt Asphaltwerk einen Korb

Erweiterung der Lagerflächen abgelehnt — Schon im Jahr 2010 wurde hier ein Gewerbegebiet verhindert

BUBENREUTH — Nachdem sich einige Ratsmitglieder bereits in der Sitzung im März negativ über die geplante Erweiterung der Lagerflächen des Bayerischen Asphaltmischwerks (BAM) nahe der Autobahnausfahrt Möhrendorf geäußert hatten, ist das Thema nun offiziell im Rat behandelt worden. Der hat das gemeindliche Einvernehmen einstimmig verweigert.

In Bubenreuth ist man nicht gut zu sprechen auf das Asphaltmischwerk. Vor allem für Johannes Eger (CSU) scheint es ein rotes Tuch zu sein. Bereits vor 40 Jahren sei das Werk für einen befristeten Betrieb nur für den Bau der Autobahn errichtet worden, und nun stehe es immer noch dort, klagte er. Außerdem habe es 2010 ein Bürgerbegehren gegeben, mit dem die Ausweisung der Bubenreuther Gemarkung im Regnitzgrund nahe der Autobahnausfahrt als Gewerbegebiet verhindert worden sei. Diesem Votum müsse man sich verpflichtet fühlen und könne darum der dort geplanten Erweiterung des Asphaltmischwerkes nicht zustimmen.

Eger hat das für die Erweiterung geplante Gelände sogar unter die Lupe genommen und dabei festgestellt, dass dort bereits Schutt gelagert wird. Damit seien Fakten geschaffen worden, meinte er. Dieses Gelände, das dem auf Möhrendorfer Gebiet liegenden Asphaltmischwerk offenbar schon gehört, aber auf Bubenreuther Gemarkung liegt, ist mit einem Wall umgeben. Der, so vermutet die Verwaltung der Gemeinde,

ist offenbar widerrechtlich errichtet worden, weil die aufgeschüttete Fläche 500 Quadratmeter übersteige. Es wird vermutet, dass es sich dabei nicht nur um eine Aufschüttung, sondern, wie es in der Sitzungsvorlage für den Gemeinderat heißt „um die Errichtung einer (dem betrieblichen Hauptzweck dienenden) Lagerstätte und damit einer Betriebserweiterung im Außenbereich handelt“.

Schlechte Erfahrungen

Auch Johannes Karl (SPD) spricht sich deutlich gegen das Absegnen der Betriebserweiterung aus. „Man riecht sie“, sagte er. Es sei nicht Aufgabe des

Gemeinderates, sich Sorgen um den wirtschaftlichen Betrieb der Anlage zu machen, vielmehr müsse man im Sinne der Bürger entscheiden. Wolfgang Seuberth (FW) meinte gar, Bubenreuth könne nicht die Deponie für andere Kommunen sein, und Christian Dirsch (Grüne) wies auf die schlechten Erfahrungen hin, die man in Eckental mit einem Asphaltmischwerk gemacht habe. Die dortige „Bürgerinitiative gegen das Asphaltmischwerk in Eckental“ hat bereits Kontakt mit den Bubenreuther Gemeinderäten aufgenommen und beklagt in einer Email, die den *Erlanger Nachrichten* vorliegt: „Das Umweltreferat

des Landratsamts ist uns, und damit den belasteten Anwohnern, leider keine große Hilfe – eher der Firma TH-Asphalt“.

Einstimmig verweigerte der Gemeinderat schließlich das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Asphalt-Lagerstätte auf Bubenreuther Areal. Für den Fall, dass das Landratsamt das verweigerte Einvernehmen ersetzen sollte, wird gefordert, dass die Fläche bis zum 31. März 2022 umweltverträglich zurückzubauen ist, und dass dieser Rückbau mit Bürgerschaften abgesichert wird. Zudem soll das BAM verpflichtet werden, die Flächen einzugrünen. *kds*



Der Gemeinderat hat einstimmig die Erweiterung des Asphaltmischwerkes um eine Lagerfläche (im Vordergrund) abgelehnt. Es wird zudem vermutet, dass hier bereits Fakten durch Schuttablagerung und einen Wall geschaffen wurden. Foto: Klaus-Dieter Schreiter